

Janusz Józef Węc

prof., Uniwersytet Jagielloński w Krakowie

ORCID: 0000-0002-6331-4133

**DIE PROGRAMMATISCHE ENTWICKLUNG DER FDP
IN DER OSTPOLITIK 1949–1969 IM LICHT DER NEUEN QUELLEN
DES ARCHIVS DES DEUTSCHEN LIBERALISMUS**

Einleitung

Das Hauptziel des Beitrages besteht darin, die programmatischen Aktivitäten der Freien Demokratischen Partei (FDP) in den Jahren 1949–1969 zu untersuchen. Von großer Bedeutung ist hier die Tatsache, dass der Autor in dieser Arbeit neue Archivressourcen aus dem Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach verwendet hat. Dies ermöglichte ihm, eine neue Einschätzung des Einflusses der FDP auf die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland darzustellen. Der Verfasser formuliert eine Forschungshypothese, dass die FDP als kleinerer Koalitionspartner in den Bundeskabinetten von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard in den Jahren 1949–1966 keinen großen Einfluss auf die Ostpolitik der Bundesregierung hatte. Erst die Neuorientierung der FDP in der Ostpolitik in den Jahren 1967–1969 und die Bildung einer Koalitionsregierung mit der SPD im Jahr 1969 ermöglichten es dieser Partei, einen größeren Einfluss auf die Ostpolitik der Bundesregierung zu erlangen.

Die programmatischen Initiativen vom Karl Georg Pfeleiderer (1952–1955)

Mindestens bis zum Jahre 1952 teilte die FDP offiziell die Haltung und die Konzeptionen des Bundeskanzlers Adenauer in der Ostpolitik, die im Grunde genommen auf zwei Prämissen beruhte: 1. Die Abgrenzungspolitik gegenüber den osteuropäischen Ländern. 2. Die damit zusammenhängende Politik der Stärke, die wiederum auf einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Westintegration basieren sollte. Der Indifferentismus, der die Programmarbeit der FDP bis zur Mitte der fünfziger Jahre kennzeichnete, schloss die Kritik dieser Politik aus. Die Bearbeitung eines einheitlichen Programms erschwerten folgende Faktoren: erstens, der Mangel an einer führenden Persönlichkeit in der FDP, die über integrative Fähigkeiten verfügte; zweitens, die vornehmlich auf ein unterschiedliches Liberalismusverständnis zurückzuführende Heterogenität der FDP-Landesverbände und ihre Überlegenheit über den zentralen Parteigremien; drittens, eine außergewöhnlich umfangreiche ideologische Spannweite der FDP, die eine Partei war, in der die äußerst unterschiedlichen Positionen und Haltungen aufeinandertrafen, angefangen von den liberalen Pragmatikern bis zu den konservativen Nationalisten im engsten Sinne dieses Wortes.

Die 1952 initiierte Programmdiskussion, deren Höhepunkt der FDP-Bundesparteitag in Ems (13.–19. November 1952) war, führte zu scharfen Kontroversen zwischen den Anhängern der nationalliberalen Richtung, die am stärksten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen vertreten waren und den Befürwortern der demokratischen Traditionen, die in den Landesverbänden von Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg überwogen. In der Befürchtung, die Parteispaltung herbeizuführen, hatte man damals verzichtet, irgendeinen der zwei strittigen Programmwürfe zu verabschieden¹.

Eine viel größere Bedeutung hatten die alternativen außenpolitischen Erwägungen, mit denen der FDP-Bundestagsabgeordnete, Karl Georg Pfeleiderer, um die Mitte 1952 inoffiziell auftrat. In realistischer Einschätzung der internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg regte er eine aktive Ostpolitik mit dem langfristigen Ziel an, Deutschland wiederzuvereinigen. Die Wiedervereinigung könnte nach Auffassung Pfeleiderers allerdings erst nach einer vorhergehenden Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa erfolgen, denn die UdSSR würde nur unter diesen Umständen bereit sein, auf die DDR zu verzichten².

Als Vorbild für ein kollektive gesamteuropäisches Sicherheitssystem, das zugleich im großen Masse die deutschen Nationalinteressen wahrnehmen würde,

¹ 4. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Bad Ems am 18.–22. November 1952. Anträge und Beschlüsse, Archiv des Deutschen Liberalismus (weiter – AdDL) in Gummersbach, A1-27.

² K.G. Pfeleiderer, *Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1961, s. 115–117, 131–132.

wäre das Weimarer Vertragssystem zu sehen, das vom früheren deutschen Außenminister Gustav Stresemann (1923–1929) mitaufgebaut worden war. Er hatte einerseits auf der Anerkennung der nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen territorialen Realitäten im Westen durch die Locarno-Verträge von 1925 basiert. Andererseits hatte es sich aber auf die vertragliche Absicherung der deutschen nationalen wie auch machtpolitischen Interessen im Osten durch den 1926 in Berlin abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrag gestützt. Aufgrund von Locarno-Pakt und Berliner Vertrag hatte sich Stresemann die Möglichkeit offen gelassen, die deutschen Grenzen mit Polen und der Tschechoslowakei in Frage zu stellen. Machtpolitisch war er dagegen bestrebt gewesen, auf diesem Wege die Voraussetzungen zu schaffen, um Deutschland schließlich aus der internationalen Isolierung zu befreien und zur souveränen Großmacht zu verhelfen.

In der nach dem Zweiten Weltkrieg veränderten internationalen Konstellation würde nach Ansicht Pfeiderers die wesentlichste Aufgabe eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa darin bestehen, eine Parität zwischen der UdSSR einschließlich deren Verbündeten und den USA sowie den westeuropäischen Ländern zu erreichen. Großbritannien, Frankreich und das vereinigte Deutschland müssten die Rolle der drei wichtigsten Pfeiler eines westeuropäischen Staatenverbandes übernehmen, der Sonderbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika unterhalten würde³. Die Verteidigungsfähigkeit jenes westeuropäischen Staatenverbandes sollte dessen Zugehörigkeit zur NATO (z. B. in der Form der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, EVG) gewährleisten. Der Kompromiss zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion und der Integration der EVG in die NATO wäre durch den Rückzug aller amerikanischen wie auch sowjetischen Truppen aus West- bzw. Osteuropa zu erreichen, während die weitere Aufrüstung von europäischen Staaten einen ausschließlich defensiven und keinen offensiven Charakter annehmen müsste.

Neben dem Vorschlag über ein kollektives gesamteuropäisches Sicherheitssystem war die zweite Zielsetzung der geistig-politischen Orientierung von Pfeiderer, die Beziehungen der Bundesrepublik mit den osteuropäischen Staaten zu normalisieren. Bereits in den Jahren 1953–1954 sprach er sich wiederholt dafür aus, diplomatische Beziehungen zur UdSSR herzustellen und die gegenseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihr zu entwickeln. In der Hoffnung, die verlorenen deutschen Einflüsse, welcher Prägung auch immer, in Mittelost- und Südosteuropa wiederzugewinnen, regte er auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Verbündeten der Sowjetunion an. Mit der Empfehlung, eine selbständigere Entwicklung ihrer wirtschaftlich-gesellschaftlichen Systeme mit dem Ziel zu fördern, um die politischen und militärischen Bindungen dieser Staaten zur UdSSR zu lockern und derer Verbindungen mit Westeuropa

³ *Ibidem*, s. 104–123.

zu stärken⁴, nahm er „die Politik der Bewegung“ des späteren Bundesaußenministers Gerhard Schröder (1961–1966) gewissermaßen vorweg⁵.

Zu den Beziehungen mit Polen, die den neuralgischsten Punkt der bundesdeutschen Ostpolitik darstellten, schlug Pfeleiderer vor, die Gewaltverzichtserklärungen zwischen den beiden Regierungen auszutauschen, gleichzeitig aber weiterhin einen offenen Charakter der Oder-Neiße-Grenze und die rechtlichen Ansprüche zu den ehemaligen deutschen Ostgebiete aufrechtzuerhalten. Dabei verwarf er eine Revision der Oder-Neiße-Grenze, die auf allen anderen als den friedlichen Mitteln basieren würde. Müsste sich jedoch die Bundesregierung mit dem Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete zufriedengeben, so wäre dies als Gegenstand der zukünftigen Friedensverhandlungen einzubringen, die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis zweier deutscher Staaten zu erreichen⁶.

Ein zentrales Ziel der geistig-politischen Orientierung Pfeleiderers war es daher, Deutschland nationalstaatlich in den Grenzen von 1937 (ein maximales Ziel) oder zumindest in denen zweier deutscher Staaten (ein minimales Ziel) wiederherzustellen. Alt – aber nur in bezug auf die Zielsetzung und keinesfalls auf die Taktik – waren Methoden und Mittel seiner Gedankenbildung. Indem Pfeleiderer das Weimarer System von Stresemann für ein realisierbares Modell der politischen Organisation der Deutschen in Europa – deutsche Mittlerstellung zwischen West und Ost – hielt, berief er sich auf die bewährten Methoden und Mitteln deutscher Außenpolitik, denen der Gedanke einer Revision, welcher Prägung auch immer, zugrunde lag. Er knüpfte auch an die Leitbilder des deutschen politischen Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert an – die Freiheits- und Einheitspostulate – die zwar weiterhin wie bereits 1848 in einem Konkurrenzverhältnis zueinander standen, jedoch diesmal – und das war das Neue hinsichtlich der Taktik an diesem Konzept – dem Gebot der Friedenssicherung untergeordnet werden sollten.

Die wichtigsten Grundsätze des Konzepts von Pfeleiderer unterschieden sich in mindestens vier Fragen von denen Adenauers: erstens, stellte Pfeleiderer die Regierungsthese in Frage, nach der die Wiedervereinigung Deutschlands „gesamtdeutsche freie Wahlen“ voraussetze; zweitens, rückte er das Sicherheitsbedürfnis der UdSSR als *conditio sine qua non* der deutschen Wiedervereinigung in den Vordergrund; drittens, bestritt er Adenauers Auffassung, dass alle

⁴ K.-H. Schlarp, *Alternativen zur deutschen Aussenpolitik 1952–1955: Karl Georg Pfeleiderer und die „Deutsche Frage“*, [w:] *Aspekte deutscher Aussenpolitik in 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis*, hrsg. von W. Benz, H. Graml, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1976, s. 212–213, 247.

⁵ Zur „Politik der Bewegung“ vom Bundesaußenminister Schröder vgl. J.J. Węc, *CDU/CSU wobec polityki niemieckiej Republiki Federalnej Niemiec 1949–1969*, Wydawnictwo i Poligrafia Kurii Prowincjalnej Zakonu Pijarów, Kraków 2000, s. 384–396.

⁶ K.G. Pfeleiderer, *op. cit.*, s. 117.

Abrüstungsinitiativen (z. B. ein kollektives Sicherheitssystem) lediglich die Teilung Deutschlands festigen und die Pläne einer westeuropäischen Integration in Frage stellen würden; viertens, ging er in seinen Überlegungen von der geopolitischen Lage der deutschen Nation in Europa aus⁷.

Hauptsächlich aus diesen dargestellten Gründen fanden die Ansichten von Pfeleiderer eine eindeutige Missbilligung bei der CDU/CSU und ein Unverständnis bei der damaligen FDP-Führung. Nachdem Thomas Dehler 1954 zum Parteivorsitzenden gewählt worden war, trat eine gewisse Änderung ein. Er war bestrebt, der FDP ein neues außenpolitisches Profil zu geben. Die Partei begann sich immer stärker mit den bisher kritisierten Ansichten von Pfeleiderer zu identifizieren, die zunächst nur als Grundlage für die offiziellen ostpolitischen Pläne und Konzeptionen dienten und später auch als die eigentlichen Anfänge einer selbständigeren FDP-Außenpolitik galten⁸. Noch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bildeten diese Ansichten einen Orientierungsrahmen in der ostpolitischen Programmarbeit. In den siebziger Jahren ist Pfeleiderer zum Kronzeugen der Kontinuität in der FDP-Ostpolitik geworden⁹.

Vom Deutschlandplan zum Hannoverschen Wahlauftritt der FDP (1959–1961)

Das erste Parteidokument, das über die Ideen Pfeleiderers hinausging, war der Deutschlandplan der FDP von 1959. Er war die größte programmatische Leistung der Partei auf dem Gebiet der Entspannungspolitik der fünfziger Jahre, obwohl dieser Plan in erster Linie als ein Entwurf für die Wiedervereinigung Deutschlands zu bewerten war. Zugleich war er als der erste vollständige Plan für einen Friedensvertrag mit Deutschland zu sehen, der durch eine politische Partei der Bundesrepublik Deutschland ausgearbeitet wurde. Mit ihrem Deutschlandplan stellte die FDP die Wiedervereinigung eines militärisch neutralisierten Deutschlands einen deutschen Friedensvertrag und ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem mit Garantien der USA und der Sowjetunion in sachlichen und zeitlichen Zusammenhang. Zwar forderte die FDP, die Grenzfrage bis zur Aufnahme von Friedensverhandlungen zu vertagen, doch zugleich kündigte sie in indirek-

⁷ Vgl. dazu J.J. Węc, *FDP wobec polityki wschodniej RFN 1969–1982*, Wydawnictwo Instytutu Zachodniego, Poznań 1990, s. 83–87.

⁸ An das Denkmodell von K.G. Pfeleiderer knüpften z.B. der sog. Mende-Pan von 1956 und teilweise auch das Grundsatzprogramm der FDP von 1957, das auf dem Bundesparteitag in West-Berlin verabschiedet worden war, vgl. E. Mende, *Die FDP. Daten-Fakten-Hintergründe*, Seewald Verlag, Stuttgart 1972, s. 108–109; 8. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Berlin am 24.–26. Januar 1957. Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-105, s. 61–67.

⁹ FDK, tagesdienst. Pressedienst der Bundestagsfraktion der FDP, Nr. 286/70, 18. September 1970, s. 2; M. Bangemann, *Kurs '87. Auf die F.D.P. kommt es an*, Seewald Verlag, Stuttgart-Herford 1985, s. 100.

ter Weise die ausdrückliche Bereitschaft eines gesamtdeutschen Souveränes an, die Oder-Neiße-Grenze zu akzeptieren. Dies wurde folgenderweise formuliert: „[...] Die Grenzen im Osten Deutschlands müssen deshalb so gezogen werden, dass nicht durch eine grobe Verletzung der Grundsätze der Gerechtigkeit und der Vernunft die vom deutschen Volk aufrichtig gewünschte dauerhafte Versöhnung mit seinen Nachbarn im Osten in der Zukunft gefährdet wird“¹⁰. Mit diesem Konzept räumte die FDP dem Verhältnis der nationalstaatlicher Einheit Deutschlands zu der gesamteuropäischen Sicherheit die Priorität vor dem Zusammenhang Deutschland/Europäische Union ein¹¹.

Das offizielle Abweichen der FDP von den in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ausgearbeiteten Plänen und Konzeptionen wurde zum ersten Mal mit dem am 25. August 1961 in Hannover verabschiedeten Wahlaufwurf begonnen. Die Verfasser dieses Dokuments, der Bundesgeschäftsführer der Partei, Karl Hermann Flach, und der Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Dietrich Genscher, waren bestrebt, die ost- und deutschlandpolitische Linie der FDP mit der der CDU/CSU in Einklang zu bringen, um damit nach der Bundestagswahl vom 17. September 1961 eine gemeinsame Koalitionsregierung bilden zu können. Ohne all ihre bisherigen entspannungspolitischen Positionen preiszugeben, blieb der Wahlaufwurf hinter dem Deutschlandplan insofern zurück, als er dazu aufforderte, „den deutschen Rechtsanspruch auf die Wiederherstellung des deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 (zu) wahren“¹² und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern von keinen Abstrichen an der Grenzfrage abhängig zu machen. Weitere entspannungspolitische Konzessionen wurden durch die FDP im Koalitionsabkommen mit der CDU/CSU vom 7. November 1961 gemacht. Seine Bestimmungen standen in krassem Gegensatz zu den bisher ins politische Kalkül gezogenen gesamteuropäischen Überlegungen. Als eines der zentralen außenpolitischen Ziele der Bundesregierung wurde die engere politische, militärische und wirtschaftliche Integration der Bundesrepublik ins westliche Bündnissystem angesehen. Zurückgezogen wurde auch die Forderung, auf die Aufrüstung und die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten; ein Postulat, das die FDP in den fünfziger Jahren ständig betonte, um günstige Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen¹³.

¹⁰ Grundriss eines Deutschen Friedensvertrages (Deutschlandvertrag) 1959. Beschlossen von der Bundestagsfraktion der FDP in Berlin am 27. Januar 1959, gebilligt vom 10. Bundesparteitag der FDP in Berlin an 21.–23. Mai 1959, [w:] *Programmmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente*, hrsg. von P. Juling, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1977, s. 158–162 (hier s. 162).

¹¹ Vgl. dazu J.J. Węc, *FDP...*, *op. cit.*, s. 87–88.

¹² Vgl. E. Mende, *op. cit.*, s. 186–189, 197–202 (hier s. 202).

¹³ Vgl. dazu J.J. Węc, *CDU/CSU...*, *op. cit.*, s. 341–347.

Die Reorientierung der FDP in der Ostpolitik in den sechziger Jahren

Die wichtigsten inoffiziellen Initiativen, die eine ostpolitische Reorientierung der FDP in den sechziger Jahren des XX. Jahrhunderts ankündigten, stammten im Grunde genommen aus der Feder Wolfgang Schollwers. Als Referent für die Ost- und Deutschlandpolitik in der FDP-Bundesgeschäftsstelle legte er am 9. April 1962 dem Bundestagsfraktionsvorstand eine Denkschrift zur deutschen Frage vor. Ohne das langfristige außenpolitische Ziel der Bundesregierung, d.h. die Wiedervereinigung Deutschlands, in Frage zu stellen, schlug er eine neue deutschlandpolitische Gangart mit der Absicht vor, einen Wiederannäherungsprozess zwischen der beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Nach seinem Politikverständnis boten u. a. folgende deutschland- und ostpolitische Zugeständnisse seitens der Bundesregierung gute Aussichten auf Erfolg: die Respektierung der DDR-Souveränität bis zur Wiedervereinigung Deutschlands; den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin; die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zumindest zu den unmittelbaren Nachbarn Deutschlands, d.h. zu Polen und der Tschechoslowakei; die offizielle „Respektierung“ der Oder-Neiße-Grenze bis zu einer endgültigen vertraglichen Regelung in einem Friedensvertrag¹⁴.

Die Idee einer nationalstaatlichen Wiedervereinigung Deutschlands – das Hauptziel des Denkmodells von Pfeleiderer – trat daher im Schollwers Memorandum hinter eine Ost- und Deutschlandpolitik zurück, die vornehmlich darauf abzielte, die Oder-Neiße-Grenze und die Souveränität der DDR zu respektieren. Als ein weiteres Ziel dieser Politik sah er an, die notwendigen Voraussetzungen für die Liberalisierung des sozio-politischen Systems der DDR zu schaffen, um in der Folgezeit zu einer Annäherung und schließlich zu einer Verklammerung der beiden deutschen Staaten zu kommen und dadurch den Zusammenhalt der deutschen Nation zu bewahren.

Nachdem die FDP am 27. Oktober 1966 aus der Koalition mit der CDU/CSU ausgetreten war¹⁵, konnte sie als Oppositionspartei leichter zukunftsweisende Alternativen zur Deutschland- und Ostpolitik der CDU/CSU-SPD-Bundesregierung ausarbeiten und ihrem Bedürfnis nach Profilierung gegenüber der Großen Koalition entsprechen. Zugleich konnte sie der neuen Anforderung der Zeit gerecht werden, die Partei in allen wichtigeren Bereichen der Politik strukturell zu erneuern. In diesem Sinne beauftragte die FDP-Bundesgeschäftsstelle am 1. Dezember 1966 Wolfgang Schollwer, Hermann Marx und Rolf Schroers mit der Aufgabe, unabhängig voneinander drei Studien zur deutschland- und ostpolitischen Programmdiskussion bei der Parteileitung vorzulegen. In historischer Perspektive, scheint vornehmlich die Schollwer-Vorlage von größter Bedeutung

¹⁴ W. Schollwer, *Der Weg zur Entspannung. Deutschlandpolitik der FDP seit 1952*, FDP-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1972, s. 13; vgl. dazu auch K. Moersch, *Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer*, Societäts Verlag, Frankfurt a. M. 1978, s. 295–296.

¹⁵ Vgl. dazu J.J. Węc, *CDU/CSU...*, *op. cit.*, s. 469–470.

zu sein; sie ist auch als die zweite Schollwer-Denkschrift in die Geschichtsschreibung eingegangen. Ähnlich wie die beiden anderen Dokumente von Marx und Schroers wurde sie auf der geschlossenen Sitzung des FDP-Bundesvorstandes in Bad Niederbreisig (21.–22. Januar 1967) diskutiert¹⁶.

Schollwer schlug in seinem zweiten Memorandum vor, von der bisher verfolgten bundesrepublikanischen Deutschland- und Ostpolitik bedingungslos abzugehen und die diesbezüglichen noch gültigen Konzeptionen zu überarbeiten. Insbesondere forderte er die Bundesregierung auf, auf den Alleinvertretungsanspruch zu verzichten und sich zu Verhandlungen mit der DDR über die für die beiden deutschen Staaten gewichtigen Probleme, besonders über die engere wirtschaftliche, touristische, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit bereit zu erklären. Ferner sprach er sich logischerweise auch dafür aus, die Oder-Neiße-Grenze zu akzeptieren und volle diplomatische Beziehungen mit allen Staaten des Warschauer Paktes aufzunehmen. Eines dieser Länder könne als Vermittler (z. B. Jugoslawien, Rumänien oder die Tschechoslowakei) in den Verhandlungen mit der DDR in Anspruch genommen werden. Die Anhänger der deutschland- und ostpolitischen Neuorientierung waren nicht imstande, auf der Sitzung in Bad Niederbreisig ihre Konzeptionen durchzusetzen. Sie beschlossen ihnen einen öffentlichen Charakter zu geben. Nachdem die Schollwer-Denkschrift am 3. März 1967 in der Wochenzeitung „Der Stern“ veröffentlicht worden war, erregte sie großes politisches Aufsehen in der Bundesrepublik. Die meisten FDP-Politiker und die Vertreter der Parteigremien zentraler Instanz mit Erich Mende als Parteivorsitzenden und Knut von Kühlmann-Stumm als Fraktionsvorsitzenden an der Spitze, aber auch die Anhänger der deutschland- und ostpolitischen Reorientierung wie William Borm und Hermann Oxfort aus West-Berlin – nahmen zum Schollwer-Papier einen deutlichen Abstand. Die dadurch entbrannten heftigen innerparteilichen Kontroversen spitzten sich mehr und mehr zu, als neun Tage später Hans Wolfgang Rubin, der Bundesschatzmeister der FDP, in der Zeitschrift „liberal“ seinen pathetischen Artikel unter dem Titel „Die Stunde der Wahrheit“ erscheinen ließ. Die Ansichten Rubins entsprachen denjenigen Schollwers und ergänzten sich gegenseitig; dieses neue außenpolitische Selbstbewusstsein zeigte sich vornehmlich in dem Verlangen, neue Beziehungen für die beiden deutschen Staaten und ein neues Verhältnis zu Polen zu finden. Ihre diesbezüglichen Positionen schwankten zwischen der Akzeptierung (Schollwer) und der endgültigen Anerkennung (Rubin). Sie regten schließlich an, dass das erklärte Ziel der nationalen Einheit der Deutschen mit den Sicherheitsinteressen

¹⁶ Beschlussprotokoll der Klausurtagung des Bundesvorstandes der FDP am 21.–22. Januar 1967 in Bad Niederbreisig, [w:] FDP-Bundesvorstand. Klausurtagungen 1967, AdDL, Ordner 123; Material zur Klausurtagung des Vorstandes der FDP am 9.–10. Januar 1967 in Bonn, Vorgelegt von W. Schollwer, [w:] FDP-Bundesvorstand..., *op. cit.*, s. 1–12; W. Schollwer, Dokumentation zur Deutschlandpolitik der FDP vom 5. Mai 1966, AdDL, Ordner 652; vgl. dazu auch K. Hildebrand, *Von Erhard zur Grossen Koalition 1963–1969*, Bd. 4, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart–Wiesbaden 1984, s. 339–348.

ihrer Nachbarn und mit einer dauerhaften gesamteuropäischen Friedensordnung in Einklang zu bringen sein müsste¹⁷.

Angesichts der Tatsache, dass die Diskussion über die Thesen von Schollwer/Rubin immer breiter wurde, beschloss der FDP-Bundesvorstand, beide Papiere zum 18. Bundesparteitag in Hannover (3.–5. April 1967) zuzulassen. Jedoch war nicht nur die Parteiführung skeptisch bis negativ gegen die Kurs-Revision eingestellt. Auch innerhalb der Parteigremien mittlerer oder niederer Instanz zeichnete sich eine weitgehende Polarisierung zwischen den Gegnern und den Anhängern der Schollwer/Rubin Thesen ab¹⁸. Die heftigen Auseinandersetzungen machten sich sogar auf den untersten Ebenen der Parteiorganisation bemerkbar¹⁹. Um der Einberufung eines Außerordentlichen Bundesparteitages der FDP vorzubeugen, der wohl mit einem neuen Grundsatzprogramm diesen Anforderungen Rechnung getragen hätte²⁰, hat sich die Parteileitung entschieden, auf dem geplanten Bundesparteitag in Hannover ein Aktionsprogramm zu verabschieden, das im Grunde genommen lediglich das Berliner Programm von 1957 zu modifizieren versuchte.

Das Aktionsprogramm ging im wesentlichen hinsichtlich der Ostpolitik auf allgemeine Formulierungen zurück, die grundsätzlich schon seit den Jahren 1957–1959 zum politischen Katalog der FDP gehörten. Die ostpolitischen Passagen der Schollwer/Rubin-Thesen wurden nicht ins Aktionsprogramm übernommen. Die FDP blieb daher bei ihrer traditionellen Position, dass „die endgültige Entscheidung über die deutschen Grenzen im Osten, erst in einem Friedensvertrag erfolgen kann“ (Rückstellungsklausel). Sie knüpfte auch dabei an die bekannte Formel des Deutschlandplanes an, nach der „eine mögliche Zusammenführung der getrennten Teile Deutschlands nicht an territorialen Fragen scheitern darf“²¹.

Dessen ungeachtet verließ die FDP seit 1967 immer mehr die bisherige Grundlinie der bundesdeutschen Ostpolitik und suchte den Kontakt zur SPD, deren ostpolitische Reorientierung bereits während des Dortmunder Bundesparteitages (1.–5. Juni 1966) sichtbar geworden war. Im neuen Aktionsprogramm der FDP traten allerdings sinnfällig sowohl der Gedanke Schollwers zur

¹⁷ Vgl. dazu J.J. Węc, *FDP...*, *op. cit.*, s. 89–92.

¹⁸ 18. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Hannover am 3.–5. April 1967. Stenographische Niederschrift, AdDL, A1-323, s. 14–103; 18. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Hannover am 3.–5. April 1967. Arbeitskreis V, AdDL, A1-28, s. 1–125, A1-330-332, s. 1–9, 18–42, 39–44; 18. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Hannover am 3.–5. April 1967, Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-321, A1-336.

¹⁹ *FDP in NRW greift Rubin an*, „Süddeutsche Zeitung“, 17.03.1967; vgl. auch H.-W. Rubin, Arbeitspapier für BFA 1. Tagung am 21. Januar 1969, AdDL, Ordner 964.

²⁰ Aus den 33 Anträgen an den Bundesparteitag, die bis zum 10. März 1967 dem Bundesvorstand der FDP zugeleitet worden sind, ergab sich ein Bild über eine Reihe von politischen Forderungen, u. a. auch die Einberufung eines außerordentlichen Bundesparteitages bis zum 30. November 1967, der ein Grundsatzprogramm der FDP verabschieden sollte, die der Parteitag zu entscheiden hatte, vgl. 18. Bundesparteitag der FDP..., Anträge und Beschlüsse..., A1-321.

²¹ *Ibidem*.

„Wiederannäherung“ von 1962, als auch die Vorstellung Egon Bahrs zum „Wandel durch Annäherung“ von 1963 in Erscheinung. Erklärte sich der SPD-Bundesparteitag in Dortmund bereit, volle diplomatische Beziehungen mit den Staaten des Warschauer Paktes aufzunehmen und in der Oder-Neiße-Frage nachzugeben, so fasste der Nürnberger Bundesparteitag der SPD (17.–21. März 1968) den Beschluss, „die bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere die gegenwärtige polnische Westgrenze, zu respektieren und anzuerkennen, bis die deutschen Grenzen in einer friedensvertraglichen Regelung [...] endgültig festgelegt werden“²².

Zwischen der FDP und der SPD wurden daher die ersten programmatischen Brücken und Gemeinsamkeiten in der Deutschland- und Ostpolitik immer deutlicher. Dabei setzten die beiden Parteien unterschiedliche Akzente in der Vorgehensweise dieser Politik. Die Beweggründe lagen wieder tief in der nationalen Frage Deutschlands; während die SPD ihre Entspannungsbestrebungen auf die UdSSR zu konzentrieren versuchte, wo man sich den östlichen Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage zu finden erhoffte²³, so richtete die FDP sie auf die Deutschlandpolitik und damit auf die deutsch-deutschen Beziehungen.

In den Jahren 1967–1969 erfolgte eine Konsolidierung und eine allmähliche Positionsstärkung des radikal-liberalen Flügels in der FDP. Ein Anzeichen für die bemerkenswerte Verminderung des Einflusses der nationalliberalen Strömung war Erich Mendes Verzicht auf die Bewerbung um das Amt des Bundesvorsitzenden. Der neue Bundesvorsitzende Walter Scheel, der auf dem 19. Bundesparteitag der FDP in Freiburg (29.–31. Januar 1968) gewählt worden ist, sah sich jedoch gezwungen, die Rolle des Vermittlers zwischen den zerstrittenen Parteiflügeln mit dem Ziel zu übernehmen, möglichst viele Vertreter der nationalliberalen Richtung zu gewinnen oder mindestens ihre stille Toleranz zu erlangen, um dadurch die Handlungsfähigkeit der Partei zu bewahren. Der Freiburger Bundesparteitag bestätigte zwar den Einflussgewinn der radikal-liberalen Strömung in der FDP, jedoch legte er die harten Kontroversen über die politische Umorientierung der Partei nicht bei und infolgedessen trieb er ebenso ihre programmatische Fortschreibung nicht voran²⁴. Die Wahl Scheels zum FDP-Bundesparteivorsitzenden stellte trotz alledem einen Umbruch

²² Parteitag der SPD vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg. Protokoll der Verhandlungen. Angenommene und überwiesene Anträge, Bonn 1963, s. 996.

²³ So äußerte sich z. B. H. Schmidt am 30. März 1966: „Der Schlüssel zur deutschen Einheit liegt vielmehr in Moskau und – allerdings in einem sehr viel geringeren Maße – bei unseren östlichen Nachbarn, der Tschechoslowakei und Polen“. Zit. nach H.G. Lehmann, *Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik*, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1984, s. 126.

²⁴ 19. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 29. bis 31. Januar 1968 in Freiburg. Stenographische Niederschrift, AdDL, A1-360, s. 1–120, A1-363, s. 2–58, A1-364, s. 7–10, A1-365, s. 39–75; 19. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 29. bis 31. Januar 1968 in Freiburg. Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-358.

in der zukünftigen Programmarbeit dieser Partei dar. Sie war auch von großer Bedeutung für die ostpolitische Praxis und für die Entscheidung, eine gemeinsame Koalitionsregierung mit der SPD zu bilden.

Dies ändert nichts an der unbestrittenen Tatsache, dass die ostpolitische Programmatik der FDP auf ihre überwiegend inoffizielle Konzeptionsansätze (Pfleiderer, Schollwer) aus den frühen fünfziger bzw. frühen sechziger Jahren und die sozial-liberale Ostpolitik auf die programmatischen Gemeinsamkeiten oder die kooperativen Kontakte zwischen der FDP und der SPD aus den späten fünfziger Jahren zurückgingen. In diesem Sinne blieb das Jahr 1969 daher ein Konventionaldatum. Auch der Machtwechsel und die Bildung der SPD/FDP-Koalitionsregierung 1969 kamen nicht unerwartet zustande. Sie sind vielmehr als ein Ergebnis einer langjährigen Entwicklung zu sehen, im Verlauf welcher die außen- und innenpolitischen Standpunkte dieser beiden Parteien sich allmählich einander annäherten.

Nürnberger Wahlplattform

Den allgemeinen programmatischen Rahmen in der Ostpolitik der FDP steckte die Wahlplattform, die auf dem 20. Bundesparteitag in Nürnberg (23.–25. Juni 1969) verabschiedet worden war. An der Diskussion über die endgültige Ausformulierung der Nürnberger Wahlplattform nahmen aktiv die Parteigremien unterer Instanzen teil. Anfang 1969 haben sich der Landesverband Baden-Württemberg und der Bundesfachausschuss für Außen-, Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik (BFA 1) angeschlossen. Am 29. März 1969 fasste der außerordentliche Landesparteitag der FDP in Baden-Württemberg seine eigene EntschlieÙung über die Deutschland- und Ostpolitik. Einleitend stellte die EntschlieÙung fest, dass 24 Jahre nach Kriegsende und 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR die in der Präambel des Grundgesetzes apostrophierte „Übergangszeit“ zu Ende sei. Der baden-württembergische Landesparteitag forderte daher, die notwendigen Konsequenzen aus der neuen Situation in Deutschland, in Europa und in der Welt zu ziehen, „ohne auf den Abschluss eines formellen Friedensvertrages zu warten“²⁵. Er sprach sich auch für die Anerkennung der bestehenden Grenzen und für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen Staaten der Welt aus.

Der gleichen Linie folgte der Beschluss des BFA 1 vom 24. Januar 1969, der die zukünftige Außenpolitik der Bundesrepublik von den zwei folgenden Prämissen abhängig machte: die Bundesrepublik Deutschland stellt „die gegenwärtigen Grenzen in Europa nicht in Frage“; sie enthält sich „jeder Einmischung

²⁵ EntschlieÙung des 1. Außerordentlichen Landesparteitages von Baden-Württemberg am 29. März 1969 in Karlsruhe zur Deutschland- und Ostpolitik, [w:] 20. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Nürnberg am 23.–25. Juni 1969. Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-385.

in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“²⁶. Jene Prämissen wurden dann von den delegierten des Landesverbandes Baden-Württemberg zum BFA 1 weiterentwickelt; sie schlugen dem FDP-Bundesvorstand vor, diese um zwei weitere Postulate zu ergänzen: 1. dass „die polnische Westgrenze an der Oder und Neiße als endgültig anerkannt wird, soweit nicht eine Anerkennung der DDR diese Frage vorher regelt“; 2. dass „ein Friedensvertrag zur endgültigen Lösung strittiger Probleme nicht mehr angestrebt wird, da ein Friedensvertrag weder der BRD noch Gesamtdeutschland Vorteile zu bringen verspricht und die anstehenden Fragen auch ohne Friedensvertrag gelöst werden können“²⁷. Der BFA 1 folgte dem Antrag und nahm diese Postulate mit kleinen Änderungen in seine eigene EntschlieÙung auf. Zur Oder-NeiÙe-Frage wurden die Worte „als endgültig“ durch das Wort „völkerrechtlich“ ersetzt²⁸. Zum Friedensvertrag vertrat der BFA 1 mit Mehrheit die Ansicht, dass dieser Vertrag ausschließlich zur Regelung der Fragen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr angestrebt werden sollte. Der Bundesfachausschuss verzichtete jedoch auf eine Formulierung in dieser Frage, um Missdeutungen vorzubeugen²⁹.

Die Vorbereitung und die Bearbeitung der Wahlplattform kam auf drei aufeinanderfolgenden Sitzungen des Bundeshauptausschusses der FDP zustande. Das Teil IV, in dem sich die FDP für die außenpolitische Konzeption einer gesamteuropäischen Friedensordnung aussprach, wurde zum Gegenstand scharfer innerparteilicher Diskussionen und Polemiken. Über seine endgültige Fassung haben die zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen des Bundeshauptausschusses vom 28. April und vom 8. Juni 1969 entschieden. Die Problematik der Grenzfrage erregte wieder die heftigsten Kontroversen.

Auf der Sitzung am 8. Juni 1969 traten die Delegierten des Landesverbandes Baden-Württemberg mit dem Vorschlag (Antrag Nr. 158) an den Bundeshauptausschuss heran, ein sich auf die territorialen Fragen bezogenes Teil der ursprünglichen Fassung der Wahlplattform um einen zusätzlichen Passus zu ergänzen: „[...] die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, dem Sicherheitsbedürfnis Polens durch die formelle Anerkennung der Oder-NeiÙe-Grenze Rechnung zu tragen“³⁰ Aus der stenographischen Niederschrift, die den Sitzungsverlauf

²⁶ Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik am 24. Januar 1969 in Bonn, [w:] BFA -1. Protokolle-Rundschreiben 1968–1971, Archiv des Deutschen Liberalismus, Ordner 964, s. 5.

²⁷ *Ibidem*, s. 6.

²⁸ *Ibidem*.

²⁹ Die EntschlieÙung des außerordentlichen baden-württembergischen Landesparteitages und der letztgenannte Beschluss des BFA 1 haben deutlich bewiesen, dass die seit 1967 von W. Schollwer und H.W. Rubin vertretenen Ansichten zur Ostpolitik eine recht breite Unterstützung in den unteren Instanzen der Partei besaÙen.

³⁰ Bundeshauptausschuss der FDP. Sitzung am 8. Juni 1969. Stenographische Niederschrift, AdDL, A12-77, s. 87.

wiedergibt, geht hervor, dass ein anonyme delegierte des baden-württembergischen Landesverbandes diesen Vorschlag folgenderweise begründete:

„Der Antrag bringt nichts Neues; denn es steht vorher drin, dass Verhandlungen an Grenzfragen nicht scheitern dürfen. Wir haben hinzugefügt, dass es keine solchen gibt. Die logische Folgerung daraus ist dann, wenn es keine solchen Grenzforderungen mehr gibt, dass die Oder-Neiße-Grenze von uns akzeptiert wird. [...] Aber die Polen fordern das, weil sie eben Furcht haben, dass wir doch noch revisionistisch sein könnten. Wenn das sinngemäß sowieso ein Bestandteil unserer Wahlplattform ist, haben wir es für richtig gehalten, Sie zu bitten, hinzuzufügen, dass dem Sicherheitsbedürfnis Polens dadurch Rechnung getragen werden kann, dass wir sagen: diese Grenze ist endgültig“³¹.

In der anschließenden Abstimmung wurde jedoch dieser Vorschlag abgelehnt³². Dem gleichen Schicksal folgten massiger formulierte Anträge, die ebenso die Grenzfrage betrafen und durch BFA 1 (Antrag Nr. 144) sowie die Deutschen Jungdemokraten (Antrag Nr. 144 a) erarbeitet worden waren³³. Im Endeffekt ist die Grenzformel, die auf dem Bundesparteitag der FDP in Nürnberg verabschiedet worden ist, die Folge eines Kompromisses zwischen zwei in der Partei vorhandenen gegensätzlichen Standpunkten gewesen; dem Standpunkt des national-liberalen und dem des radikal-liberalen Flügels. In jenem Kompromiss drückte sich die Überzeugung aus, dass die Schaffung „einer europäischen Friedensordnung“, deren Ziel die Überwindung der Teilung Europas sein sollte, „nicht an territorialen Fragen scheitern“ darf³⁴.

Die wichtigsten, aber auch kontroversesten Probleme der Ostpolitik wurden in der Wahlplattform entweder marginal und euphemistisch behandelt, wie die Oder-Neiße-Frage, oder gar nicht erwähnt, wie das Problem des Münchener Abkommens von 1938. An die erste Stelle wurde im Grunde genommen die deutsche Frage gesetzt. Den Beziehungen zu Osteuropa wurde insofern Rechnung getragen, als sie mit der Deutschlandpolitik im direkten Zusammenhang standen. Damit trat eine deutschlandpolitische Funktion der Ostpolitik *expressis verbis* in Erscheinung.

Andererseits aber wurden die meisten vor 1969 ausgearbeiteten Thesen und Vorstellungen, die in der Partei nicht mehr kontrovers waren, zum normativen Rang erhöht. Es waren im einzelnen: 1. die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, der Hallstein-Doktrin und des Rechts auf die Heimat; 2. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Staaten des Warschauer Paktes; 3. die Unterzeichnung eines Staatsvertrages mit der DDR, der die Gewaltverzichtsklausel

³¹ *Ibidem*, s. 240.

³² *Ibidem*.

³³ *Ibidem*, s. 73, 76.

³⁴ 20. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 23. bis 25. Juni 1969 in Nürnberg. Anträge und Beschlüsse, A1-394, s. 19; Vgl. dazu auch 20. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 23. bis 25. Juni 1969 in Nürnberg. Stenographische Niederschrift, AdDL, A1-385.

enthalten sollte, sowie eines zusätzlichen deutsch-deutschen Vertrages zu einer dauerhaften Lösung der Berlinfrage; 4. die Intensivierung der westeuropäischen Integration; 5. die Einberufung einer Sicherheitskonferenz in Europa, an der sich die Mitglieder der beiden militärischen Pakte und die übrigen europäischen Staaten beteiligen sollten; 6. die Überwindung der Konfrontation zwischen den beiden militärischen Bündnissen durch die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems unter der Garantie der Supermächte; 7. die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung³⁵.

Das Wahlprogramm der FDP von 1969 enthielt auch eine lange Reihe inkohärenter Formulierungen. Jene Inkohärenz der Wahlplattform ist vornehmlich darauf zurückzuführen, dass ihr innenpolitische Aufgaben zukamen; sie hatte zum Ziel, innerparteiliche Integration zu manifestieren und neue Wählerschaft für die Partei zu gewinnen. Sie muss deshalb in erster Linie als Folge taktischer und strategischer Überlegungen gesehen und nicht als Funktion politischer Prinzipien betrachtet werden. Die in der FDP bestehende sehr breite ideologische Spannweite rechtfertigt auch bis zu einem gewissen Maße die inhaltliche Inkohärenz dieses Programms. Je breiter ist diese Spannweite, desto mehr Kompromisslösungen ein Parteiprogramm enthält. Von entscheidender Bedeutung war aber die Tatsache, dass die Wahlplattform kein Grundsatzprogramm darstellte bzw. darstellen konnte. Eine Zurückhaltung bei der ostpolitischen Reorientierung war auch *a priori* ins politische Handeln der Partei einkalkuliert. Die Parteilite wollte ja die Verhandlungsposition einer zukünftigen Koalitionsregierung, an der sie zu partizipieren beabsichtigte, nicht schwächen. Diese taktische Überlegung beeinflusste später die ostpolitische Praxis der FDP im großen Masse³⁶.

Zusammenfassung

Die FDP als kleinerer Koalitionspartner in den Bundeskabinetten von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Ostpolitik der Bundesregierung gehabt. Sie versuchte zwar damals die alternativen Positionen zur Negationspolitik von Adenauer gegenüber den Ostblock zu entwickeln, wie z.B. die programmatischen Initiativen von Pfeleiderer aus den Jahren 1952–1955, jedoch fanden diese Ansichten damals eine eindeutige Missbilligung bei der CDU/CSU und ein Unverständnis bei der damaligen FDP-Führung. Erst während ihrer Tätigkeit als Oppositionspartei in den Jahren 1956–1961 und 1966–1969 war die FDP imstande, die Programmwürfe zu entwickeln, die es ihr ermöglichten, die politische Autonomie in der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland deutlicher zu kennzeichnen (z. B. Deutschlandplan von 1959 und

³⁵ 20. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 23. bis 25. Juni 1969 in Nürnberg. Anträge..., *op. cit.*, s. 19–23.

³⁶ Vgl. dazu J.J. Węc, FDP..., *op. cit.*, s. 101–104.

Schollwer/Rubin-Thesen von 1967). Jedoch erst die Reorientierung der FDP in der Ostpolitik in den Jahren 1967–1969 und die programmatische Annäherung an die SPD sowie die Bildung der SPD/FDP-Koalitionsregierung im Jahr 1969 ermöglichten der Freien Demokraten, einen wesentlich größeren Einfluss auf die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen.

Bibliographie

4. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Bad Ems am 18.–22. November 1952. Anträge und Beschlüsse, Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach, A1-27.
 8. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Berlin am 24.–26. Januar 1957. Anträge und Beschlüsse, Archiv des Deutschen Liberalismus, A1-105.
 18. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Hannover am 3.–5. April 1967. Stenographische Niederschrift, Archiv des Deutschen Liberalismus, A1-323.
 18. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Hannover am 3.–5. April 1967. Arbeitskreis V, Archiv des Deutschen Liberalismus, A1-28, A1-330-332.
 18. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Hannover am 3.–5. April 1967. Anträge und Beschlüsse, Archiv des Deutschen Liberalismus, A1-321, A1-336.
 19. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 29. bis 31. Januar 1968 in Freiburg. Anträge und Beschlüsse, Archiv des Deutschen Liberalismus, A1-358.
 19. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 29. bis 31. Januar 1968 in Freiburg. Stenographische Niederschrift, Archiv des Deutschen Liberalismus, A1-360, A1-363, A1-364, A1-365.
 20. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 23. bis 25. Juni 1969 in Nürnberg. Anträge und Beschlüsse, Archiv des Deutschen Liberalismus, A1-394.
 20. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 23. bis 25. Juni 1969 in Nürnberg. Stenographische Niederschrift, Archiv des Deutschen Liberalismus, A1-385.
- Bangemann M., *Kurs '87. Auf die F.D.P. kommt es an*, Seewald Verlag, Stuttgart–Herford 1985.
- Beschlussprotokoll der Klausurtagung des Bundesvorstandes der FDP am 21.–22. Januar 1967 in Bad Niederbreisig, [w:] FDP-Bundesvorstand. Klausurtagungen 1967, Archiv des Deutschen Liberalismus, Ordner 123.
- BFA -1. Protokolle-Rundschreiben 1968–1971, Archiv des Deutschen Liberalismus, Ordner 964.
- Bundeshauptausschuss der FDP. Sitzung am 8. Juni 1969. Stenographische Niederschrift, Archiv des Deutschen Liberalismus, A12-77.
- Entschließung des 1. Außerordentlichen Landesparteitages von Baden-Württemberg am 29. März 1969 in Karlsruhe zur Deutschland- und Ostpolitik, [w:] 20. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Nürnberg am 23.–25. Juni 1969. Anträge und Beschlüsse, Archiv des Deutschen Liberalismus, A1-385.
- Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik am 24. Januar 1969 in Bonn, [w:] BFA -1. Protokolle-Rundschreiben 1968–1971, Archiv des Deutschen Liberalismus, Ordner 964.
- FDK. tagesdienst. Pressedienst der Bundestagsfraktion der FDP, Nr. 286/70, 18. September 1970.

- FDP-Bundesvorstand. Klausurtagungen 1967, Archiv des Deutschen Liberalismus, Ordner 123.
- FDP in NRW greift Rubin an*, „Süddeutsche Zeitung“, 17.03.1967.
- Grundriss eines Deutschen Friedensvertrages (Deutschlandvertrag) 1959. Beschlossen von der Bundestagsfraktion der FDP in Berlin am 27. Januar 1959, gebilligt vom 10. Bundesparteitag der FDP in Berlin an 21.–23. Mai 1959, [w:] *Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente*, hrsg. von P. Juling, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1977.
- Hildebrand K., *Von Erhard zur Grossen Koalition 1963–1969*, Bd. 4, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Wiesbaden 1984.
- Lehmann H.G., *Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik*, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1984.
- Material zur Klausurtagung des Vorstandes der FDP am 9.–10. Januar 1967 in Bonn, Vorgelegt von W. Schollwer, [w:] FDP-Bundesvorstand. Klausurtagungen 1967, Archiv des Deutschen Liberalismus, Ordner 123.
- Mende E., *Die FDP. Daten-Fakten-Hintergründe*, Seewald Verlag, Stuttgart 1972.
- Moersch K., *Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer*, Societäts Verlag Frankfurt a. M. 1978.
- Parteitag der SPD vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg. Protokoll der Verhandlungen. Angenommene und überwiesene Anträge, Bonn 1963.
- Pfleiderer K.G., *Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1961.
- Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente*, hrsg. von P. Juling, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1977.
- Rubin H.-W., Arbeitspapier für BFA 1. Tagung am 21. Januar 1969, Archiv des Deutschen Liberalismus, Ordner 964.
- Schlarp K.-H., *Alternativen zur deutschen Aussenpolitik 1952–1955: Karl Georg Pfeleiderer und die „Deutsche Frage“*, [w:] *Aspekte deutscher Aussenpolitik in 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis*, hrsg. von W. Benz, H. Graml, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1976.
- Schollwer W., *Der Weg zur Entspannung. Deutschlandpolitik der FDP seit 1952*, FDP-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1972.
- Schollwer W., Dokumentation zur Deutschlandpolitik der FDP vom 5. Mai 1966, Archiv des Deutschen Liberalismus, Ordner 652.
- Węc J.J., *CDU/CSU wobec polityki niemieckiej Republiki Federalnej Niemiec 1949–1969*, Wydawnictwo i Poligrafia Kurii Prowincjalnej Zakonu Pijarów, Kraków 2000.
- Węc J.J., *FDP wobec polityki wschodniej RFN 1969–1982*, Wydawnictwo Instytutu Zachodniego, Poznań 1990.

Evolution of the FDP Program in Eastern Policy in the Years 1949–1969 in the Light of New Resources Archive of German Liberalism

The main goal of the article is to analyze the FDP's program activities in the eastern policy of the Federal Republic of Germany in the years 1949–1969. Of great importance here is the fact that the author used in this work new archives from the Archives of German Liberalism in Gummersbach. This enabled him to present a new assessment of the FDP's impact on the eastern policy of the Federal Republic of Germany.

Key words: Archives of German Liberalism, Federal party congress of the FDP, The FDP's Eastern Policy, The Oder-Neisse border, Free Democratic Party, Eastern Bloc countries

Ewolucja programowa FDP w polityce wschodniej w latach 1949–1969 w świetle nowych zasobów Archiwum Niemieckiego Liberalizmu

Zasadniczym celem artykułu jest analiza działalności programowej FDP w polityce wschodniej Republiki Federalnej Niemiec w latach 1949–1969. Autor wykorzystał nowe zasoby Archiwum Niemieckiego Liberalizmu w Gummersbach, co umożliwiło przedstawienie nowej oceny wpływu FDP na politykę wschodnią Republiki Federalnej Niemiec.

Słowa kluczowe: Archiwum Niemieckiego Liberalizmu, federalny kongres partii FDP, polityka wschodnia FDP, granica na Odrze i Nysie Łużyckiej, Wolna Partia Demokratyczna, państwa bloku wschodniego

